

Mehr als ein halbes Jahr nach seiner Europa-Rede an der Pariser Universität Sorbonne sprach Frankreichs Präsident vor dem Europäischen Parlament erneut über die Zukunft der EU. In Deutschland herrscht Skepsis gegenüber seinen Vorstößen.

# Macron wirbt für ein »souveränes Europa«

Emotionale Rede des französischen Präsidenten im Europaparlament / Migration und Bürgerrechte im Fokus

Mit Vorschlägen wie einem Fonds für lokale Flüchtlingspolitik hat Frankreichs Präsident im Europaparlament für eine stärkere EU plädiert. Den französischen Syrien-Einsatz verteidigte er hartnäckig.

Von Robert Schmidt, Straßburg

Die Rede, die Frankreichs liberaler Präsident Emmanuel Macron am Dienstag im Straßburger EU-Parlament hielt, war lange erwartet worden. Schließlich wollte der französische Präsident über nichts weniger sprechen als über seine Vision zur Zukunft Europas. Bereits im September 2017 hatte er bei seiner Europa-Rede an der Universität Sorbonne 80 Vorschläge für eine umfangreiche Reform der EU vorgelegt. Auch wegen der langen Regierungsbildung in Deutschland passierte dann zunächst nicht. Nun bleibt – ein Jahr vor der Europawahl 2019 – nicht mehr viel Zeit.

In der Rede in Straßburg versuchte Macron, seinen Vorstößen Nachdruck zu verleihen. In einem rund 20-minütigen Vortrag vor den fast vollständig anwesenden Europa-Abgeordneten plädierte er unter anderem für europaweite Bürgerbefragungen, einen größeren EU-Haushalt und mehr Zusammenarbeit bei konkreten Themen wie Migration und Datenschutz.

Europa müsse dem weltweiten Chaos aus geopolitischer Bedrohung, digitalem Wandel und globaler Erwärmung eine gemeinsame Antwort entgegensetzen, sagte Macron zu Beginn seiner Rede. Die Antwort auf autoritäre Tendenzen sei die Autorität der Demokratie. Bei der EU handle es sich um ein Modell, das »stark und gleichzeitig zerbrechlich« sei, deshalb bedürfe es einer Erneuerung, die die Menschen noch vor der Europawahl 2019 im Alltag praktisch wahrnehmen könnten, so Macron. Ein zentrales Element sei dabei eine kritische Debatte mit Bürgern in den Mitgliedsstaaten der EU. Er selber werde noch am Nachmittag desselben Tages den Anfang machen: Macron wurde am Dienstag zu Bürgergesprächen in den ostfranzösischen Vogesen erwartet.

Weiterer entscheidender Faktor bei der Stärkung der EU sei, so Macron, eine sichtbare Flüchtlingspolitik. Es solle ein gemeinsamer Fonds und eine neue Agentur die lokale Arbeit der Gemeinden mit Flüchtlingen – ihre Aufnahme und Integration – fördern. Damit ging Macron auch auf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu. Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, dass die Flüchtlingsaufnahme ein Kriterium für die Vergabe von EU-Fördermitteln wird. Dies könnte sich negativ für osteuropäische Länder wie Ungarn und Polen auswirken, die

Ein Mittel, um den unterschiedlichen Auffassungen in den Mitgliedsstaaten zu begegnen, sei das bereits praktizierte »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, bei dem einzelne Länder in bestimmten Bereichen gemeinsam vorangehen.



Ein Vorschlag Macrons: EU-Mittel für Kommunen bereitzustellen, die Flüchtlinge aufnehmen

Foto: AFP/Oliver Bunick

bisher von der europäischen Regional- und Strukturpolitik profitieren, die Aufnahme von Flüchtlingen aber strikt ablehnen.

Den Vorschlag der EU-Kommission zu einer höheren Besteuerung von Internetkonzernen unterstütze er, betonte Macron außerdem. Beim Klimaschutz will er den Schwerpunkt auf eine Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Ausstoßen setzen. Beim Thema Datenschutz solle Europa weiter die Rechte der Bürger stärken.

Er setze sich außerdem für ein höheres gemeinsames Budget ein, bekräftigte der französische Präsident, was er schon im September 2017 bei seiner Europa-Rede an der Sorbonne vorgebracht hatte. Das Budget solle die europäische Souveränität konkret ausbauen, etwa im Bereich der gemeinsamen »Verteidigung der Außengrenzen«. Frankreich sei deshalb auch bereit, seinen Beitrag an die EU zu erhöhen.

In der anschließenden Debatte im Straßburger Parlament gab es parteiübergreifende Zustimmung für die von Macron geforderte Erneuerung des europäischen Staatenbundes. Über dessen Ausgestaltung gab es allerdings sehr unterschiedliche Ansichten. Während die bürgerliche Fraktion (EVP) vor allem die Rechte des EU-Parlaments stärken möchte, forderten die Rechtskonservativen (EKR) weniger Befugnisse für die EU, die Nationalisten ein »Europa der Vaterländer« und die linken und grünen Parteien ein Ende der roten Teppiche und elitärer Arroganz. Spürbaren Gegenwind aus vielen Parteien und Staaten bekam Macron wegen der französischen Beteiligung am Syrien-Einsatz, der ohne UNO-Mandat erfolgt war. Macron verteidigte die Entscheidung für diesen Einsatz vor den Abgeordneten vehement. Frankreich wehre sich in Syrien gegen den Islamischen Staat, weil es in seiner Souveränität beeinträchtigt worden sei. Sein Land handle dabei in einem legitimen multilateralen Rahmen.

Macron richtete sich in seinen Antworten auf die Wortmeldungen der Parlamentarier dann auch direkt an französische Rechtsextremisten, die zuvor ausführlich zu Wort gekommen waren. Er verstehe zwar nicht, warum sich EU-Feinde als EU-Abgeordnete wählen ließen, nehme aber die Wut der Wähler ernst. Ein Mittel, um den unterschiedlichen Auffassungen in den Mitgliedsstaaten zu begegnen, sei das bereits praktizierte »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, bei dem einzelne Länder in bestimmten Bereichen gemeinsam vorangehen. Wichtig sei aber, dass dabei keine geschlossenen »Clubs« entstünden. Europa, so Macron, brauche schließlich nicht weniger, sondern mehr Solidarität.

## Zwischen Zurückhaltung und Abneigung

Macron muss sich bei seinem Besuch in Deutschland auf erheblichen Widerstand gegen seine Ideen einstellen

Emmanuel Macron hat mit seiner Rede vor dem EU-Parlament eine Aufwärmübung absolviert. Der eigentliche Widerstand steht ihm in Deutschland bevor.

Von Uwe Kalbe

Bisher schien dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron für die Durchsetzung seiner Reformvorstellungen nur eines zu fehlen – der Bündnispartner Deutschland, der im monatelangen Selbstfindungsprozess der Regierungsbildung gefangen war. Widerspruch schien Macron nicht fürchten zu müssen. Im Gegenteil, Vorschusslorbeeren erteilte der Präsident eimerweise, so ambitioniert und zielstrebig, modern und vorausblickend, so ehrgeizig und ideenreich er empfunden wurde. Nun allerdings zeigt sich: Das monatelange Ausbleiben der Unterstützung aus Deutschland hatte außer unklarer Regierungsverhältnisse vor allem einen Grund: Zweifel.

Die Konflikte lassen sich nicht länger aussitzen. Am Dienstag stellte Macron seine Ideen vor dem EU-Parlament vor, am Donnerstag wird er in Berlin mit Bundeskanzlerin Ange-

la Merkel zusammentreffen. Und prompt wurde diese im Vorfeld mit jenen Vorbehalten konfrontiert, die vor allem die eigene Fraktion hegt, wenn es um die Übertragung nationaler Kompetenzen an Europa geht.

Zwar heißt es auch im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wolle die Koalition »zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht verankert« sein soll. Dies ist einer der Kernvorschläge auch Macrons. Doch hat die Koalition schon die Einschränkung vermerkt, dass die Rechte der nationalen Parlamente davon unberührt bleiben müssten.

In der Unionsfraktion, vor der die Bundeskanzlerin am Dienstagmittag ihre Verhandlungsziele gegenüber Macron und für eine zukünftige Europäische Union darlegte, machte sich im Vorfeld dennoch Unruhe breit. Medienöffentlich legte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt dar, welche Vorschläge Macrons er – und damit meinte er sicher zugleich den Großteil der Abgeordneten aus Bayern – gar nicht erst als

verhandlungswürdig erachte. So sei die Idee eines EU-Finanzministers »definitiv nichts«, was man jetzt entscheiden müsse, ebenso wie eine EU-weite Arbeitslosenversicherung oder eine europäische Einlagensicherung für Banken. Auch der Vorschlag eines eigenen Budgets für die Eurozone findet nicht Dobrindts Fürsprache. »Knackpunkt« seien für ihn jene Fragen, »die eine direkte finanzielle Auswirkung haben«, sagte der CSU-Politiker. Über solche Themen werde man sich auf dem Juni-Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs ganz sicher nicht einigen.

Bedenken gibt es nicht nur in der CSU, sondern in der Union generell. Den Eindruck allerdings, dass die Fraktion ihre Kanzlerin vor den Verhandlungen mit Macron an die Leine legen wolle, versuchte der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), am Dienstag eifertig zu zerstreuen. Er stellte klar, was Merkel sicher ohnehin nicht in Zweifel ziehen lassen würde, dass sie die Verhandlungshoheit gegenüber Macron inne habe. Bei der Fraktionssitzung am Nachmittag gehe es um eine reine »Infor-

mationsdebatte«. Beschlüsse werde man später im Parlament fassen.

SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles störte sich dennoch an den Bremsversuchen in der Union und mahnte diese unter Hinweis auf das Regierungsprogramm zur Vertragstreue. Sie habe »kein Verständnis« dafür, »dass nun in der Union so viele rote Linien definiert werden, dass die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion niemals erreicht werden kann«, sagte Nahles der »Rheinischen Post«. Dies zeugt für Nahles entweder für fehlende Sachkenntnis oder davon, dass Merkel es hier mit einer Kampfansage zu tun hat. Immerhin sei der Koalitionsvertrag mit »Ein neuer Aufbruch für Europa« überschrieben. Allerdings hatte sich auch der SPD-Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz skeptisch gegenüber einer schnellen Einlagensicherung für Banken geäußert.

Die LINKE sieht in Macrons Ideen ohnehin kein Indiz für einen Aufbruch, den es zu unterstützen gilt. Der Präsident sei in Strasbourg jeden Vorschlag schuldig geblieben, wie einer »destruktiven Lohndumpingpolitik in

der Eurozone ein Riegel vorgeschoben werden könnte«, erklärte Sahra Wagenknecht, Fraktionschefin im Bundestag. Macron, der sich im eigenen Land zum Musterschüler der deutschen Agendapolitik mache, sei »der falsche Impulsgeber für Europa«. Ohne sozialen Neustart seien Kompetenz- und Mittelübertragungen nach Brüssel »kontraproduktiv und spielen den Rechtspopulisten in die Hände«. Macron solle sich besser dafür einsetzen, »dass in Deutschland massiv die Binnennachfrage durch steigende Löhne, Renten und ein soziales und ökologisches Investitionsprogramm gestärkt wird.«

Die Grünen warteten mit weniger hohen Erwartungen auf. Vielmehr zeigten sie Mitleid mit Macron, der von der Koalition in der Debatte um die Zukunft Europas alleine gelassen werde. »Die im Koalitionsvertrag erwähnte europäische Solidarität verkommt zur Makulatur«, klagte Parteichefin Annalena Baerbock. Und der französische Präsident stehe mit seinen Ideen »allein auf weiter Flur«, weil Kanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Scholz »die proeuropäischen Signale verweigern«. Mit Agenturen

»Die Ziele haben wir klar benannt im Koalitionsvertrag und ich bestehe auch darauf, dass die eingehalten werden.«

Andrea Nahles, Fraktionschefin der SPD